

→ Steuerreform, Finanzwesen und Sozialinformatik (S. 552–558)

10.3 Steuerreform, Finanzwesen und Sozialinformatik

Die Kapitaltransfersteuer und andere Finanzreformen

{508} Das als normal angesehene, einseitig einkommensorientierte Steuersystem ist ein finanzwirtschaftlicher Ausdruck übergreifender kapitalistischer Praxis, mit äußerst fatalen Folgen für den Sozialstaat und das gesellschaftliche Leben. Diese Formierung widerspricht objektiv-realen Prozessen der Generierung und Distribution von ökonomischen Werten sowie entsprechenden Aneignungsrechten, die unter der Decke der sozialorganisch hochgradig vergesellschafteten, sozialkapitalistischen Verhältnisse verborgen sind. Eine Kapitaltransfersteuer bildet den entscheidenden Hebel im Übergang zu einer stimmigen und transparenten Sozialstaatswirtschaft.

Eine Erklärung Pikettys, die eigentlich über seine eigenen Vorschläge hinausweist, trifft den Kern und verdient es ganz zitiert zu werden: „Die Frage nach der Steuer ist nicht bloß eine technische, sondern eine eminent philosophische und politische Frage. Ohne Steuern kann es keine gemeinsame Zukunft und keine Möglichkeit kollektiven Handelns geben. Das ist beileibe nicht erst heute so. In jeder tiefgreifenden politischen Umwälzung steckt eine Fiskalrevolution.“ (Piketty 2014a: 662; vgl. Goldscheid 1976: 280).

Aus der Wert- und Reproduktionsanalyse ging hervor, dass die für die Arbeit und Ausrüstung der sozialwirtschaftlichen Dienste notwendigen Wertetransfers *niemals* zureichend aus einer überwiegenden Besteuerung von kapitalwirtschaftlich residualen Lohn- oder Gewinneinkünften oder höchstens vorübergehend aus einer Besteuerung von sozusagen totem Vermögen geschöpft werden können. Derweil ist der Einbehalt oder besser das Verschwindenlassen nicht bezahlter sozialwirtschaftlicher Vorleistungen durch die Kapitalwirte auf der waren- und industriewirtschaftlichen Seite – deren transfersteuerliches Inkasso die Aufgabe des Sozialstaat wäre – im gewöhnlichen wirtschaftlichen Handeln nicht sichtbar und bleibt auch kapitalwissenschaftlich nahezu perfekt getarnt.

Die fehlende gemeinschaftliche, staatliche Kapazität zur Finanzierung bedarfs- und bedürfnisgerechter sozialwirtschaftlicher Dienste führt zu einer im Laufe der Zeit überbordenden Staatsverschuldung, leistet der Privatisierung des Öffentlichen und insgesamt der Entmächtigung des demokratischen Gemeinwesens Vorschub. Die den realen Wertverhältnissen entsprechende und effektive Lösung kann nur in einer – direkt und möglichst progressiv auf das so genannte konstante oder Sachkapital bezogenen {509} – Kapitaltransfersteuer gefunden werden.¹ Praktisch könnte diese in kleinen Schritten eingeführt werden und würde so mit einer relativen Senkung der einkommensbezogenen Steuern und Abgaben einhergehen. Der Ansatz macht ganz klar, dass auch die zukunftsfähige Finanzierung der Sozialversicherungssysteme aus einem so umgepolten, allgemeinen Aufkommen aus Sozialabgaben und Steuern erfolgen muss – die „Pflichtabgaben“ oder „Sozialabgaben“ sind im Prinzip ohnehin nichts anderes als einkommenbezogene Steuern (vgl. Piketty 2020a: 1206, 1228).

Die nötige sozialstaatliche Moderation des Ganzen bezieht sich dabei vor allem auf die Herstellung proportionaler Verhältnisse zwischen den Hauptwirtschaftsabteilungen, insbesondere auf die dann

¹ Zum Hineindenken in den ganzen Problembezirk siehe den Beitrag „Kritik der öffentlichen Finanzen“ (Krätke 2009: 119-139). Inspirierend sind Goldscheids Überlegungen über „Staatshaushaltsreform und soziale Frage“ (Goldscheid 1976: 277 ff.). Die Einsicht in die Zusammenhänge wird durch einen historischen theoretischen Lag der Kritik der politischen Ökonomie blockiert (vgl. Müller 2020a: 24 Fn.56).

erst mögliche Ausfaltung sozialwirtschaftlicher Dienste und Durchsetzung prioritärer gesellschaftlicher Interessen im sonstigen Wirtschaftsleben. Es handelte sich so um beiderseits existenzsichernde, volkswirtschaftlich ausgewogene Maßnahmen. Diese stiften einen stimmigen, sozioökonomisch regulierbaren Reproduktionszusammenhang und wirken in Richtung einer Umstimmung des Ganzen. Diese *Umstimmung* ergibt sich im Zuge der tendenziellen Aufhebung des waren- und industriegewirtschaftlichen Wachstumszwangs, der Instituierung der sozialwirtschaftlichen Dienste in gemeinwirtschaftlicher, gemeinnütziger Form, der fiskalischen Befreiung und Ermächtigung des Sozialstaats gegenüber der Kapitalwirtschaft und der praktischen Orientierung im Sinne des jetzt eher möglichen ökologischen und haushälterischen Wirtschaftens, nicht zuletzt durch entsprechende Anpassungen der Aneignungs- und Eigentumsverhältnisse und ganzen Wirtschaftsverfassung.

Anderweitige geld-, steuer- und fiskalpolitische Maßnahmen wären für sich nicht hinreichend, um die Finanzierungslücke zu schließen oder gar den Systemkern und darin angelegten Wachstumszwang zu modifizieren. Beispielsweise wäre kein „Umverteilungspaket“ – also an sich sinnvolle, zur progressiven Einkommensbesteuerung noch hinzukommende Boden-, Ertrags-, Vermögens- und Erbschaftssteuern – geeignet, den spezifisch konfigurierten, retournierenden kapitalwirtschaftlichen Reproduktionszusammenhang formationell umzupolen. Als progressiver Schritt erscheint dagegen die Forderung nach einer „solidarischen Bürgerversicherung“, die alle Einkommen, also auch die von Selbständigen, Beamten und Spitzenverdienern einbezieht und die Arbeitgeberseite beteiligt. Hier wie sonst ist die Frage, inwieweit von „Übergangsformen“ die Rede sein kann, die sich zunächst in einem „bunten Wirrwarr“ (MEW 23: 496) darstellen.

Exkurs zur Neuordnung des Geld-, Bank- und Finanzwesens ²

Dem Konzept einer sozioökonomischen Regulation kommen auch Forderungen nach einer Neuordnung des Geld-, Finanz-, Bank-, Notenbank- und internationalen Währungswesens entgegen. Dieses hat sich nach dem zunächst maßgeblichen Bretton-Woods-System von 1944, das auf festen Wechselkursen und dem Dollar als Leitwährung beruhte, seit den 70ern im Zusammenhang immer weiterer Liberalisierungsschritte und im Zuge der neoliberalen Globalisierung erheblich verändert. Das Resultat der Entfesselung der Finanzmärkte seit nunmehr gut 50 Jahren ist eine finanzkapitalistische Durchdringung der Realökonomie und eine gewaltige Aufblähung und Selbstentwicklung der globalen Finanzwirtschaft. Dieses kritische, instabile Szenario, in dem neue Finanzakteure operieren und neuartige geld- und finanzwirtschaftliche Konzepte und Notenbankstrategien veranschlagt werden, zeigte sich 2008 anfällig für größere Erschütterungen. Über die hier zunächst entwickelten wert- und reproduktionstheoretischen Grundlagen hinaus gibt es in dieser Dimension nicht wenige Probleme und neue Fragen.

Soweit ist dennoch klar, dass die institutionell komplexe, international hypertrophe wert- und finanzwirtschaftliche Sphäre systemisch und organisatorisch nichts anderes darstellen kann als eine wirtschaftsgesellschaftliche Infrastruktur ganz eigener Art: Der „sozialwirtschaftliche Dienst“ gilt hier der Wert-, Geld- und Finanzvermittlung des sozioökonomischen Prozesses. Er sollte daher {510} so instituiert werden, dass die *verwertungswirtschaftliche* Verkehrung und *fiktionale* Verselbständigungen des Ganzen aufgehoben werden und es zwecks Wirtschaftslenkung und -förderung unter öffentliche Verantwortung und Kontrolle kommt. Das betrifft besonders die Rücknahme der Verselbständigung der Notenbanken jenseits rechts- und sozialstaatlicher sowie finanzpolitischer Bestimmung. Entsprechend wären die intransparenten Mächte und pervertierten Formen des Banken-, Börsen- und Finanzsystems auszufegen sowie Steuer- und Finanzoasen konsequent trocken zu legen. ³

Mit Blick auf die Zukunft sind von besonderem Interesse die Versuche, Wachstumsschwächen, die Staatsverschuldung, die soziale Deprivation und die Krisenanfälligkeit der Kapital- und Finanzwirtschaft mit neuen Methoden und entsprechend dem Motto „whatever it takes“ zu meistern: Durch die Stilllegung von Staatsschulden durch eine Nullzinspolitik der Notenbanken, oder gar durch eine nicht unmöglich erscheinende Annihilation von Staatsschulden, insbesondere durch

² Zu eher *geldtheoretischen und finanzpolitischen* Aspekten siehe im Kapitel „Transformationsanalytik und Kernstruktur der Alternative“ den „Exkurs zur modernen Finanzpolitik und neueren Geldtheorie“.

³ Die „Panama-Papers“, 2016 dem Internationalen Konsortium investigativer Journalisten (ICIJ) zugespielt, zeigten die Spitze eines Eisbergs: Massen von Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Korruption liegen weiterhin unterhalb der Wasserlinie.

Schuldenerlasse für die ärmsten Staaten: Diese Methodologie entspringt keiner tieferen Einsicht, sondern folgt vor allem aus sonstiger Ausweglosigkeit:

Aus der vorhergehenden Transformationsanalytik wurde die These entwickelt, dass die neuere Geldtheorie, Finanz- und Notenbankpolitik, deren Grundidee sich im „Fiatgeld“ konzentriert, vor allem eine Neutralisation der im Sozialkapitalismus *unvermeidlich* wachsenden Staatsverschuldung bewirkt. Im Grunde handelt es sich damit um eine Ersatzkonstruktion für die fehlende „Kapitaltransfersteuer“. Insoweit *erscheint* diese Politik rational und trägt ein Stück weiter. Kann man aber sagen: „Problematisch ist daran per se absolut nichts“? (Flassbeck 2018: 267). Eher muss im Fortgang mit neuen Widersprüchen und Krisen auf noch höherem Niveau gerechnet werden: Die im gegenwärtigen Finanzsystem hoch verschuldeten Staaten könnten etwa Zinserhöhungen nicht verkraften, so dass in diesem Fall unabsehbare Zusammenbrüche drohen. Auch wird die Geldschwemme oder „Plethora“ des Kapitals, jenes „Überangebot von (zinstragendem) Geldkapital, zusammen mit (dem) Vorhandensein stagnanter Geldmassen“ (MEW 25: 493), das Zinsnehmer und Sparer enteignet und die Aktienkurse, Immobilienpreise und Spekulationsblasen wuchern lässt, noch ungeahnte Konsequenzen zeitigen. Derweil bahnen sich im globalen Rahmen Finanz- und Währungskriege und nicht zuletzt der Niedergang des Dollarimperiums an.

Also erscheinen grundsätzliche Neuordnungen auf dem Gebiet des Geld- Bank- und Finanzwesens, des so genannten „Finanzmarktkapitalismus“ oder „Zentralbankkapitalismus“ (Busch 2016; Wullweber 2021) so nötig wie möglich: Wie anders sollte man den „Sozialstaat für das 21. Jahrhundert“ rekonfigurieren, der erschüttert zu werden und in die Handlungsunfähigkeit abzudriften droht. Und wie anders könnte man überhaupt daran denken, wieder „Kontrolle über den globalisierten Finanzkapitalismus zurück(zu)gewinnen“ (vgl. Piketty 2014a: 627 ff., 697), der sich jetzt und nach Art des Hauses noch den „Bitcoin“ ausgedacht hat?⁴ Die Lösung des Sonderproblems der Kryptowährungen, die sogar an einer eigenen Börse gehandelt werden und die Geldwelt jenseits gesellschaftlicher Kontrolle mit enormem Energieverbrauch weiter aufblähen, liegt schlicht darin, dass sie verboten werden. So könnte für künftige sozialstaatswirtschaftliche Verhältnisse gelten: „Die Trennung von Notenbank- und Fiskalpolitik ist nur noch formaler Natur, materiell verschmelzen die beiden Bereiche“, und es sieht nicht mehr so aus, „als seien die Staaten auf das Geld der Finanzmärkte angewiesen.“ (Flassbeck 2018: 268, 272; vgl. Müller 2019: 6 f.).

Sozioökonomische Transparenz, Kontrolle und Partizipation

Über Steuerreformen und über Kontrollen der Finanzwelt hinaus plädiert Piketty dafür, die Verhältnisse überhaupt erst einmal durchsichtig zu machen: Die Herstellung von Transparenz auf dem Gebiet der Finanzverhältnisse *aller* Akteure, ein „öffentliches“ und letztlich sogar „internationales Finanzkataster“ seien „lebenswichtig“ für den modernen Steuerstaat (Piketty 2014a: 703, 707, 710; 2020: 1216).⁵ Allerdings kann sich Piketty eine solche „Transparenz“ oder „Wirtschaftsinformation“ nur in Kategorien der herrschenden, wirtschaftlichen und fiskalischen Praktikizität denken, nicht aber als transparente Registratur oder Röntgenbild der *wirklichen, zum großen Teil verborgenen* Wert-, Reproduktions- und Finanzverhältnisse.

Bereits die Intervention der „Kapitaltransfersteuer“ und die im Anschluss daran nötigen Regulationen mit Blick auf das ganze System gesellschaftlicher Arbeit, Reproduktion und Praxis verlangen entsprechende Modellierungen und virtuelle Projektionen volks- und finanzwirtschaftlicher Zusammenhänge: Solches hätte ohne Rekurs auf die im Kern trinodale sozialkapitalistische Grundkonfiguration keinen realen Ausgangspunkt, sondern bliebe auf der Oberfläche der gängigen volkswirtschaftlichen Statistik, Rechnungslegung und verschiedenster

⁴ Anschlussstellen zur Neuordnung bieten „4 Grundsätze und 10 Maßnahmen“ von Attac Frankreich, „um das Finanzwesen auf den ihm gebührenden Platz zurückzusetzen und um uns wirklich auf den Weg zu einem dauerhaften Ausstieg aus der Krise zu machen“ (SiG 77 - 2009, S. 4).

⁵ Wie gesagt, stellen etwa die Bundesbank, die Zoll- und Finanzämter, die Banken- und „Finanzdienstleistungsaufsicht“ sozialwirtschaftliche Dienste und Elemente einer systematisch vernachlässigten gesellschaftlichen Infrastruktur dar: Kapitalwirtschaft und Steuerbetrug sind siamesische Zwillinge.

sonstiger Berichterstattungen.⁶ Das heißt auch, dass eine andere, höherwertige Art von Transparenz, als unbedingte Voraussetzung der nötigen sozialen Kontrolle und Partizipation, ohne Rekurs auf die Marx'sche Konzeption des ökonomischen Werts⁷ sowie eine entsprechende Analytik des ökonomisch-politischen Geschehens nicht machbar ist. Insbesondere entzieht sich die Rolle des konstanten Kapitals, die in der sozialkapitalistischen Formierung eine neue Bedeutung gewonnen hat, den gängigen, nutzlosen Nutzen- oder Wertlehren.

Unumgänglich ist daher die Wiederaufnahme der Konzeption des ökonomischen Werts und Zurückweisung des diesbezüglichen Idiotismus der volkswirtschaftlichen Lehre, eine an die sozialkapitalistische Formierung neu ansetzende Reproduktionsanalytik und darauf gestützte, offensive Auseinandersetzung mit dem herrschenden, kapitalwissenschaftlichen Wirtschaftsdenken.⁸ Die Kritik sollte aber nicht nur die wirtschaftsgeschichtliche Formbedingtheit oder den Irrealismus der herrschenden Begriffe [511] und Konzepte aufweisen, sondern positiv auf eine wert-, reproduktions- und praxistheoretische Konzeptualisierung⁹ realer volks- oder besser sozialstaatswirtschaftlicher Prozesse zusteuern: Das wäre eine Transparenzinitiative höheren Grades, die auch dem Niveau der informatischen Entwicklung entspricht. Letztlich liegt in der Wendung zu einer entsprechenden Wirtschaftsinformation, Wirtschaftspraxis und Wirtschaftspolitik die nötige Bewährung und Bestätigung der wert- und reproduktionstheoretischen Konzeptualisierungen einer dialektischen Sozioökonomik.

- Anhang -

→ Exkurs zur modernen Finanzpolitik und neueren Geldtheorie (S. 520–522)

Exkurs zur modernen Finanzpolitik und neueren Geldtheorie¹⁰

Der zunächst abstraktive Ansatz einer Reproduktionsanalytik der sozialkapitalistischen Formierung war mit einer Päämbel versehen worden: Fragen bezüglich der finanzkapitalistischen Dimension des modernen Wirtschaftslebens, also etwa bezüglich des Geld- und Kreditwesens, des Bank- und Finanzsystems oder gar des internationalen Währungswesens müssten zunächst methodisch ausgeklammert bleiben. Jetzt führte die „Modellierung“ der Zusammenhänge und die „Systemkritik“ dennoch in diese Problemzone: Es ergab sich die These, dass die einseitig einkommensorientierte Steuersystematik unvermeidlich in steigende, jetzt auch von Notenbanken zunehmend rückversicherte Staatsverschuldung führt.¹¹ Diese erzwingt eine Politik sozialer

⁶ Der „Datenreport 2021“, „Ein „Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland“, ist ein positives Beispiel. Der Abschnitt 4 : „Wirtschaft und öffentlicher Sektor“ reflektiert in gewisser Weise die Oberfläche der sozialstaatswirtschaftlichen Strukturierung, verbirgt aber die innerlichen Wertverhältnisse und Reproduktionszusammenhänge der trinodalen Konfiguration (Statistisches Bundesamt 2021: 129-147). Von Interesse ist auch der seltenere „Armut- und Reichtumsbericht“ (ARB).

⁷ Dem kommt die Arbeit „Wie kommt der Wert in die Welt?“ in gewisser Weise weit entgegen. Die Autorin reaktualisiert die Marx'sche Wertlehre und fragt: „Wenn ich der Frage nachgehe, warum die Aktivitäten des öffentlichen Sektors nicht im BSP auftauchen, frage ich damit auch, warum das eine Rolle spielen sollte, und versuche eine alternative Sicht öffentlichen Werts zu umreißen.“ (Mazzucato 2019).

⁸ Die chinesische Führung betont „the importance of reviving the role of Marxian political economy and the rejection of the neoliberal extremes of neoclassical economics“ (vgl. Foster 2020).

⁹ Im Hintergrund finden sich Artikulationen und Diskussionen, etwa von Marx' Reproduktionskonzeption (Marx an Engels am 6. Juli 1863 u. a. m.) über von Wassili Leontief inspirierte Input-Output-Tabellen oder auch „Verflechtungsbilanzen“ der DDR, über Vergleiche zwischen Marx' und Keynes' „Aggregaten“ (Sweezy 1974: 417-426) bis hin zu synoptischen Untersuchungen zur „Marx'schen Reproduktionstheorie“ und der heutigen „Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung“ (Eva Müller 2005). Ein Kernproblem wird am Ende mit der Frage nach der „Verbuchung der staatlichen Aktivitäten in der Input-Output-Rechnung“ angesprochen, für die es gegenwärtig „keine eindeutige“ (vgl. Stäglin/Fremdling 2019: 81) Lösung gibt.

¹⁰ Zur eher *institutionellen* Aspekten siehe im späteren Kapitel „Steuerreform, Finanzwesen, gesellschaftliche Buchführung“ den „Exkurs zur Neuordnung des Geld-, Bank- und Finanzwesens“.

¹¹ Die Staatsschulden in der Euro-Zone waren 2020 höher als vor der Finanzkrise 2008 und steigen, auch infolge der Pandemie, in der Periode des „Mehrjährige Finanzrahmens“ (MFR) 2021-2027 erheblich weiter. Die EZB kauft zwecks Verhinderung einer Rezession in Billionenhöhe Staats- und Unternehmensanleihen. Sie finanziert die

Austerität und fördert die grundsätzlich verfehlte Privatisierung des Öffentlichen, das heißt eine kapitalökonomische Bewirtschaftung „öffentlicher Güter“. Der Grund ist, dass die organisch hoch organisierten sozialwirtschaftlichen Dienste auf dieser fiskalischen Basis niemals ausreichend finanziert werden können, aber im Interesse der sozialen und ökonomischen Stabilität des Ganzen letztlich aufrecht erhalten und in Zukunft sogar noch stärker gewichtet und entwickelt werden müssen.

Verfehlt sind insofern „liberal-demokratische“ Vorstellungen, denen zufolge im Hin und Her zwischen unterschiedlichen Lagern und Interessen über die Quotierung zwischen einem privatwirtschaftlichen und einem öffentlichen „Sektor“ bzw. über die „steuerstaatliche Bereitstellung öffentlicher Güter“ (Sturn 2018: 253) entschieden wird. Man hat eben nicht mit einer vielleicht „auf steigende Staatsquoten abgestimmten Mixed Economy“ zu tun, sondern mit einem trinodal strukturierten Sozialkapitalismus und einem makroökonomisch undurchschauenden, völlig disproportionalen Steuersystem. Es geht nicht um „öffentliche Güter“, sondern um die konstitutive Rolle der „sozialwirtschaftlichen Dienste“ als eigene Formbildung und Wirtschaftshauptabteilung für das allgemeine gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben oder das ganze zivilisatorische Gehäuse.

Nun führte die notgedrungene Anerkennung der für das Über- und Weiterleben der sozialkapitalistischen Konfiguration nötigen, unvermeidlich steigenden Staatsverschuldung dazu, dass Ökonomen die Schädlichkeit einer derart restriktiven Finanz- und Haushaltspolitik erkannten¹² und zugleich auf die modernen Möglichkeiten der Schaffung von Liquidität und Kreditschöpfung aufmerksam wurden. Einige antworteten auf diese Situation mit jener „Modern Monetary Theory“ (MMT), deren zentraler Anhaltspunkt die Mechanismen der Geldschöpfung sind, einfach gesagt das „Fiatgeld“.¹³ Mit umgreifendem Blick auf die „Gescheiterte Globalisierung“ und eine „Renaissance des Staates“ folgerten andere: Wenn es sich „bei der Zentralbank wie beim Finanzministerium um eine Abteilung des Staates handelt“, also „Notenbank- und Fiskalpolitik ... verschmelzen“ kann dieser die Notenpresse anwerfen und ist zur Deckung der irgendwie unvermeidlichen, aber auch förderlichen Defizite „weder auf Steuereinnahmen noch eine Refinanzierung über den Finanzmarkt“ angewiesen: „Problematisch ist daran per se absolut nichts“, solange „die Geldschöpfung des Staates nur für produktive oder investive Zwecke verwendet“ wird und entsprechende reale Ressourcen oder Kapazitäten vorhanden sind (Flassbeck 2018: 266 ff.; dazu Müller 2019b). Es heißt sogar, „Marx hätte sich daher der MMT bedient.“ (Steinhardt 2019).¹⁴

Dazu kann hier nur ansatzweise der Kernpunkt angesprochen werden: Die unorthodoxen Mechanismen zur Deckung oder positiven Wendung der Staatsverschuldung sind in bestimmter Hinsicht nichts anderes als ein Ersatz oder ein fiskalisches Notstromaggregat für die eigentlich nötige Kapitaltransfersteuer. So kann die neuere Ökonomik nur eine leidlich funktionelle Handhabe und Legitimation liefern, damit der Steuer- und Leistungsstaat im Sozialkapitalismus in seiner kritischen Lage halbwegs standhalten kann. Die mit alldem einhergehende „Renaissance des Staates“ (Flassbeck 2018) und Forderungen wie die nach „fiskalischer Souveränität“ weisen dabei insoweit in die richtige Richtung, als sie vielleicht die Ausgangsposition für die eigentlich nötige „Fiskalrevolution“ verbessern.

Zugleich überlässt diese Geld-, Fiskal- und Konjunkturpolitik weiterhin den Industriewirten die Aneignung und freie, in- oder ausländische Verfügung über die sozialwirtschaftlich, also gesellschaftlich geschaffenen investiven Wertkontingente. Damit wird die „Entbettung“ (Polanyi 1997: 88 f.) und Verselbständigung der Kapitalmächte gegenüber dem Sozialstaatswesen zementiert. Diesen Mächten gegenüber steht der dennoch immer mehr auf Buch- und auch Kreditschulden hockende Sozialstaat, der sich auf eine austeritäre Politik des Öffentlichen beschränken muss und Privat- oder

steigenden Haushaltsdefizite im Euro-Raum bzw. trägt soweit zu einer praktisch zinsfreien Staatsfinanzierung bei. Der 2021 beschlossene „amerikanische Rettungsplan“ sieht gar Ausgaben in Höhe von 1,9 Billionen Dollar vor.

¹² Das betrifft etwa von der EU auferlegte Defizitgrenzen oder die völlig unsinnige Einschreibung einer „Schuldenbremse“ ins deutsche Grundgesetz (Art. 109 GG).

¹³ Die Theorie möchte erklären, wie der Staat „wieder zum Werkzeug für gesellschaftlichen Wandel“ werden kann (Ehnts 2017: 102). Kurz: So er eine eigene Währung ausgibt, könne er das für ihn nötige Geld erzeugen und nicht bankrott gehen.

¹⁴ Marx unterscheidet produktives oder Realkapital und illusorisches oder fiktives Kapital, eine sozusagen „papierne“ Repräsentanz von wirklichem Kapital, das als zinstragend gehandelt wird und so einen Anteil am Mehrwert beansprucht (vgl. MEW 25: 486, 494). Jenes Fiatgeld könnte als „virtuelles Kapital“ bestimmt werden.

gar Risikokapital als Lückenfüller in seine Domäne hereinlässt. So würde also die lebensverlängernde Intensivbehandlung des sozial und historisch überlebten Systems mit Unterstützung der modernen Money-Maker oder „Financial Reformers“ (MEW 19: 29 f.) und entsprechend der Draghi-Phrase „Whatever it takes“ weiter gehen: Solange, bis die reale Widersprüchlichkeit der Praxis und jenes „Gesetz der Schwere“ (vgl. MEW 23: 89) der Wert- und Reproduktionsverhältnisse sich geltend machen, zu neuen, voraussichtlich eklatanten Brüchen führen und eine jetzt noch unbekannt neue Ausgangssituation für den fälligen Systemwandel entsteht.

Empfohlene Zitierung: Horst Müller, **Das Konzept PRAXIS im 21. Jahrhundert**. Karl Marx und die Praxisdenker, das Praxiskonzept in der Übergangsperiode und die latent existierende Systemalternative.

2. vollständig überarbeitete und ergänzte Auflage, Norderstedt 2021. Auszug des Abschnitts 10.3 Steuerreform, Finanzwesen und Sozialinformatik. S. 552-558. Seitenzahlen der 1. Auflage {123}
Stand: 13.07.2021

Kontakt zum Autor: dr.horst.mueller@t-online.de

Webseite: <https://www.praxisphilosophie.de/>

Weitere Informationen zur Publikation:

https://www.praxisphilosophie.de/das_konzept_praxis_im_21_jhd_312.htm